

## Klare Vorschriften für Gentechnikanwender: BÖLW Entwurf für notwendige rechtliche Regelung zur Sicherung der Wahlfreiheit.

---

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft legt hier einen Regelungsvorschlag für den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in landwirtschaftlicher Erzeugung, Verarbeitung und Handel vor.

Der ansonsten übliche Begriff einer „Guten Fachlichen Praxis“ (GFP) wird hier nicht verwendet, um keine Verwechslung mit den für eine normale konventionelle Landwirtschaft geltenden Praxisregeln zu verursachen. Stattdessen wird hier der Begriff „Gentechnik Anwendungs-Praxis“ benutzt.

Diese Vorlage wird gemacht, obwohl es die Aufgabe der Inverkehrbringer von GVO wäre, Verwendungsregeln zu erstellen, die einen verlässlichen Schutz für diejenigen bieten, die weiterhin Lebens- und Futtermittel ohne GVO herstellen wollen. Denn es ist nicht absehbar, ob, wann und durch wen solche Regeln aufgestellt werden, so dass zu befürchten ist, dass durch den ersten Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen (GVP) Fakten geschaffen werden, ehe solche Regeln verbindlich festgelegt sind.

Der Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen verlangt äußerste Sorgfalt in der Anwendung von Schutzmaßnahmen. Diese Sorgfalt wird man nicht praktisch wirksam durchsetzen können, wenn es nicht eine Pflicht zur Drittzertifizierung gibt. Für eine solche Überprüfung, die das Beachten von Verhaltensregeln durchsetzt, gibt es viele Vorbilder. Der ökologische Landbau und das gemeinschaftsrechtliche Kontrollsystem ist nur eines von vielen Beispielen. Was anderen, die Verhaltenspflichten einhalten müssen, zugemutet werden kann, kann unseres Erachtens auch den Landwirten zugemutet werden, die gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen.

### **„Gentechnik Anwendungs Praxis“ muss geregelt werden**

Alle, die von einem Anbau von GVO betroffen wären sind darauf angewiesen, dass Rechtssicherheit besteht. Die Anwender, weil sie wissen müssen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um ihre Nachbarn vor Beeinträchtigung zu schützen und welches die Bedingungen sind, bei denen ein übergeordneter Haftungsfonds für Schäden durch Kontamination von gentechnikfreien Erzeugnissen mit GVO eintritt. Die Nicht-Anwender, weil sie wissen müssen, zu welchen Handlungen und Unterlassungen ihr GVO anwendender Nachbar verpflichtet ist.

### **„Gentechnik Anwendungs Praxis“ muss nach dem Prinzip der Vorsorge geregelt werden**

Die Erfahrungen aus Ländern, in denen GVO-Anbau großflächig stattfindet, zeigen, dass gentechnikfreie Erzeugnisse ständig in Gefahr sind, mit GVO kontaminiert zu werden. Vorschriften für Handlungen und Unterlassungen durch GVO Anwender müssen deshalb unabhängig von der Frage, ob ein Schaden eingetreten ist oder nicht, verpflichtend sein. Dies

bedeutet, dass es nicht ausreicht, wenn lediglich im Schadensfall geprüft wird, ob es einen potenziellen Schädiger gibt, der die Gentechnik Anwendungs Praxis nicht eingehalten hat und deshalb zum Schadensausgleich herangezogen werden muss. Vielmehr muss jeder Anwender verpflichtet sein, durch entsprechende Handlungen und Unterlassungen alles zu tun, dass Kontaminationen vermieden werden.

### **Die Einhaltung der „Gentechnik Anwendungs Praxis“ muss kontrolliert und strafbewehrt werden**

Um nach dem Vorsorgeprinzip sicherzustellen, dass die Gentechnik Anwendungs Praxis tatsächlich durchgeführt wird, muss sich ein Gentechnikanwender von einer staatlich akkreditierten Kontrollstelle darauf überprüfen lassen, ob er seinen Verpflichtungen nachkommt. Durch detaillierte Aufzeichnungen muss der Anwender darlegen, dass er die Auflagen eingehalten hat.

Die Kosten der Überprüfung sind von den Gentechnik-Anwendern zu tragen.

Verstöße müssen als Ordnungswidrigkeit und im Falle der Vorsätzlichkeit als Straftat geahndet werden.

### **Kosten und Aufwand des Schutzes gentechnikfreier Produktion sind von den Gentechnikanwendern zu tragen**

Sobald gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden, entstehen Aufwand und Kosten im Bereich des Schutzes der gentechnikfreien Produktion. Es ist dafür zu sorgen, dass dieser Aufwand nicht etwa den zu Schützenden entsteht und so Produkte, die ohne Gentechnik erzeugt werden, durch deren Einführung verteuert werden. Sämtlicher Aufwand ist deshalb den Verursachern zuzuordnen: Den Anwendern der Agro-Gentechnik.

Dazu zählt insbesondere der Aufwand für Analytik und für die Reinigung aller Ernte-, Lager-, Transport und Verarbeitungsanlagen, die für beide Produktionsarten verwendet werden.

### **Anbau von GVO-Pflanzen muss transparent sein**

Grundlage aller Regelungen, die Koexistenz zwischen Anbau mit und ohne Gentechnik betreffen, ist die Kenntnis aller Beteiligten über den Ort, an dem der Anbau von GVO stattfindet. Entsprechende Antrags- und Meldepflichten müssen dies sicherstellen und dafür sorgen, dass alle Betroffenen so rechtzeitig von dem beabsichtigten Anbau erfahren, dass es möglich ist, den Schutz des Nicht-GVO-Anbaus zu organisieren

### **Anbau von GVO muss dort ausgeschlossen werden, wo der Schutz des Nicht-GVO-Anbaus nicht zu gewährleisten ist.**

Wenn die natürlichen Gegebenheiten eines Standortes so beschaffen sind, dass – z.B. wegen zu kleiner Parzellen und damit der Unmöglichkeit, Sicherheitsabstände oder Schutzstreifen vorzusehen – ein effektiver Schutz der Nachbarn oder eines Naturschutzgebietes nicht möglich ist, muss auf solchen Flächen GVO-Anbau untersagt werden. Daraus folgt die Notwendigkeit, jeden GVO-Anbau genehmigungspflichtig zu machen, denn nur dann kann im Vorfeld geprüft werden, ob entsprechende Voraussetzungen gegeben sind.

---

## **Ergänzende Anmerkungen zum vorliegenden Verordnungsvorschlag**

### **Es soll nicht derjenige, der gentechnikfrei wirtschaften möchte, mit seinem Nachbarn, der gentechnisch veränderte Pflanzen anbaut, über den Ausgleich von Schäden streiten müssen**

Den gentechnikfrei Wirtschaftenden müssen Schäden wie verringerter Marktwert ihrer Produkte, wenn sie Spuren von gentechnischer Veränderung zeigen, ersetzt werden. So sieht

es auch heute schon das Nachbarschaftsrecht vor. Es kommt dabei nicht darauf an, ob der Verwender der gentechnisch veränderten Pflanzen gegen eine Pflicht verstoßen hat, sondern er haftet schon für die kausale Verursachung. Dies entspricht dem Verursacherprinzip, und daran soll sich auch nichts ändern.

Wichtig ist aber, dass nicht jeder, der gentechnikfrei wirtschaftet, gegen seine Nachbarn gestellt wird und mit ihnen über den Ausgleich streiten muss. Um dies zu verhindern sollen die Inverkehrbringer von gentechnisch verändertem Saatgut einen Ausgleichsfonds bilden, aus dem die Ansprüche der Landwirte, die gentechnikfrei wirtschaften, bei Schäden ausgeglichen werden.

Dieser ist im Sinne einer gegenseitigen Versicherung von allen GVO-Anwendern so zu speisen, dass dem Schadenspotential ausreichend Rechnung getragen wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein erheblicher Schaden schon dann gegeben sein kann, wenn ein Erzeugnis mit einem geringeren Anteil mit GVO kontaminiert ist als dem Kennzeichnungsgrenzwert der VO EU-1829/2003. Dies ist dann der Fall, wenn vom Abnehmer des Erzeugers niedrigere Grenzwerte festgelegt werden, weil in der Verarbeitung bis zum fertigen Lebensmittel noch zusätzliche Kontaminationspfade gekreuzt werden und ein Sicherheitsabstand zum Kennzeichnungsgrenzwert einzuhalten ist.

Zur Klärung, wie der nachbarschaftsrechtliche Ausgleichsmechanismus des bürgerlichen Gesetzbuchs bei der Sicherung der Koexistenz angewendet werden soll, muss eine Kausalitätsvermutung ins Gentechnikgesetz aufgenommen werden. Es soll nicht Streit darüber entstehen, welche Kultur mit gentechnisch veränderten Pflanzen bestimmte Veränderungen in einer GVO-freien Kultur bewirkt hat. Es soll auch Streit zwischen verschiedenen Landwirten, die die gleichen gentechnisch veränderten Pflanzen kultivieren, vermieden werden.

Im Gesetz muss die Vermutung begründet werden, dass die Präsenz gentechnisch veränderter Pflanzen in einer bestimmten Umgebung ursächlich für die Verunreinigung einer Kultur „ohne Gentechnik“ ist. So wird Streit in Einzelfällen vermieden und ein Beitrag zum Rechtsfrieden geleistet.

### **Rechtstechnische Verortung der Regelungen**

Die Regelung der Koexistenz unter Einschluss der Haftungsfragen wäre Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft gewesen. Dass dies von Brüssel den Nationalstaaten aufgegeben wurde, ist ein politischer Skandal und ein Armutszeugnis für die Europäische Kommission. Aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit in Europa aber auch wegen der Tatsache, dass die Probleme der Koexistenz nicht an den nationalen Grenzen halt machen, ist nach wie vor zu fordern, dass die hier vorgeschlagenen Rechtsnormen in einer Europäischen Verordnung niedergelegt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich hierfür einzusetzen. Hilfsweise und so lange dieses Anliegen nicht durchgesetzt ist, können diese Bestimmungen in das Gentechnikgesetz oder in einer Ausführungsverordnung zum Gentechnikgesetz aufgenommen werden.

### **Ein ständiger Ausschuss für die Anpassung der Regelungen ist einzurichten**

Für die Formulierung der Gentechnik Anwendungs Praxis liegen aus vielfältigen Versuchen ebenso wie aus dem Anbau in USA, Kanada und Argentinien reichhaltige Erfahrungen vor. Um die Regelungen jederzeit an neue Erkenntnisse anzupassen, muss ein Ausschuss eingerichtet werden, der die Bestimmungen regelmäßig überprüft und die notwendigen Anpassungen vornimmt.